

Bezugspreis:

Stichtag: 6,75 Mk. monatl. 2,25 Mk. ...

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 12. Dezember 1918.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Ein Ruf zur Reichseinheit.

An das deutsche Volk!

Am 4. Dezember 1918 haben zwei Versammlungen in Köln ...

Die unterzeichneten Volksbeauftragten halten es demgegenüber ...

Kraftvolle Zusammenfassung

und Vereinigung aller Reichsteile zu einem Gemeinwesen ...

Wie diese Aufgaben mit selbstverständlicher Berücksichtigung ...

deutsche Nationalversammlung

und die von ihr festzusetzende Reichsverfassung entschieden werden ...

Zusätzlich werden aber legen wir im Namen des deutschen ...

Die Volksbeauftragten sind deshalb gewiß, daß auch in Rhein- ...

Berlin, den 11. Dezember 1918.

Die Volksbeauftragten:

- Ebert, Haase, Landberg, Barth, Dittmann, Scheidemann, Dr. Preuß, Staatssekretär.

Entente-Kommission und Soldatenräte.

Die englische Waffenstillstandskommission in Wilhelmshaven ...

Nach 11. Dezember. Das englische Linienschiff ...

Die ungarische Krise.

Budapest, 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) ...

Die deutsche Waffenstillstandskommission in Trier.

Die deutsche Waffenstillstandskommission ist in Trier ...

Wieder eine Verschärfung des Waffenstillstandes.

Amlich wird mitgeteilt: Nachdem der englische Vertreter ...

Er besteht weiter auf der Auslieferung der noch dem ...

Trotz Hinweis auf die bedeutenden Folgen für die deutsche ...

Die Isolierung der Sowjetregierung.

Osaka, 11. Dezember. (Holländisch Neuwisbureau.) ...

Ein Komitee ausländischer Sozialisten in Berlin.

Von einer Gruppe in Berlin ansässiger ausländischer Sozialisten ...

Enthaltungen.

Thyssen, Stinnes, Colin Roth.

Die wegen angeblichen Hochverrats verhafteten Groß- ...

Auch der Oberleutnant Colin Roth, der früher sehr patriotischer ...

Colin Roth hatte sich zur Haft freiwillig gestellt. Der Fall ...

Die Zukunft der Volksgesundheit.

Von Dr. Felix Königsberger,

leit. Arzt des Diagn. Instituts der Allgem. Crisifrankenkasse Berlin.

Das Alte ist gestürzt, nun soll neues Leben erblühen aus ...

Der Eingeweihte weiß, daß vieles hätte anders sein ...

Die unglaublichen Ungerechtigkeiten waren bei dem ...

Der Kostengeist einer alldeutsch-antifemistischen ...

Ganze Arbeit muß von den Ärzten in eigener Sache ...

Und wichtige und große Umwälzungen und Ideen sind ...

Zu den Forderungen der Sozialdemokratie gehört auch ...

forge von jetzt ab geschieht, wird im Zeichen dieser sozialen Forderung geschehen müssen.

Das wichtigste Erfordernis zur Erreichung eines einheitlichen Handelns in allen Zweigen der Volkswirtschaft und öffentlichen Hygiene ist die Schaffung einer Zentralbehörde, an deren Spitze ein Arzt als Leiter steht, also die Berufung eines Ministers für Volksgesundheit.

Große Aufgaben werden von dieser Stelle erfüllt werden müssen, Aufgaben, die auf die Entwicklung der Volksgesundheit, auf die Erhaltung und Stärkung der Volkskraft, auf die Schaffung einer vorbildlichen Volksgesellschaft hinarbeiten müssen. Das Gebiet ist zu groß und zu wichtig, als daß es seine zweckmäßige Ausgestaltung anders als im Rahmen einer selbständigen obersten Behörde empfangen kann. — Eine bei der Neugestaltung tut not, denn drei wichtige Aufgaben harrten sofortiger Erfüllung: die Umgestaltung des Schulartzwesens, die Besserung der Wohnungs- und Arbeitsstättenhygiene und die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Wahlkampf und Gewaltfriedensforderungen in England.

Haag, 11. Dezember. (Holländisch Neuwisbureau.) Aus London wird gemeldet: Lloyd George hat die im Jahre 1917 eingeführte Wehrpflicht zurückgezogen, nach welcher Soldaten und Matrosen am Tage der Wahlen in den Kasernen zu bleiben haben.

Der „Evening Standard“ hat sich an alle Londoner Kandidaten mit einer Rundfrage gewandt und ihnen drei Fragen vorgelegt: 1. über ihren Standpunkt bezüglich der Bekämpfung des Exzessivtrunks, 2. über die vollständige Bezahlung des Krieges durch Deutschland und 3. über die Verweigerung aller deutschen Untertanen von den britischen Inseln. Zunächst sind die Antworten von den Kandidaten der verschiedenen Parteien eingegangen. Sie beantworten alle drei Fragen bejahend, nur ein einziger Abgeordneter weigerte sich zu antworten, während ein Liberaler die für den Krieg verantwortlichen Personen in allen Ländern zu bestrafen wünscht. Die merkwürdige Tatsache, daß jeder für die Bekämpfung des Exzessivtrunks und für Entschädigungen durch Deutschland sei, beweist die Stimmung des Publikums.

London, 11. Dezember. (Reuter.) Der Arbeiterminister Barnes sagte in einer Rede in Glasgow, er würde es nicht für richtig halten, von Deutschland große Entschädigungsummen einzutreiben, da Deutschland niemals imstande sein werde, sie zu bezahlen. Er sei aber dafür, daß für alle Handlungen gegen das Völkerrecht und die Menschlichkeit Genugtuung geleistet werde, und zwar nicht nur vom Kaiser, sondern auch vom deutschen Volke, das die Verbrechen der U-Boote, die Luftangriffe auf wehrlose Städte und die Verletzung von Hospitalen duldet und stillschweigend sogleich ausgeht. Wenn er, Barnes, zur Friedenskonferenz gehen würde, würde er Tonne um Tonne des verletzten Schiffsraumes zurückverlangen. Bezüglich des Geschlechts über Anzeigen sei darauf zu verweisen, daß einige der Alliierten für die Wiedererlangung geraubter Lebens kämpften, auch hätten die britischen Dominionen ein Recht darauf, die Früchte ihrer Anstrengungen zu ernten, und er sei im Begriffe, dafür zu sorgen, daß sie sie erhielten. Die Handlungswelt Deutschlands in seinen Kolonien sei so entsetzlich gewesen, daß er schon aus diesem Grunde gegen ihre Rückgabe sei. Er sei gegen die Rückgabe der Besitzungen Deutschlands in Afrika und im Stillen Ozean. Das gleiche gelte von Mesopotamien und Palästina. Barnes schloß mit der Erklärung, daß die Rückgabe der britischen Flotte keinesfalls vorgezogen werden dürfe.

Haag, 11. Dezember. (Holländisch Neuwisbureau.) Aus London wird gemeldet: Das Mitglied der englischen Friedenskonferenz Lord Robert Cecil erklärte in einer Versammlung, daß die einzige befriedigende Regelung die wäre, daß die Alliierten sich untereinander über die von Deutschland zu zahlende Summe einigen.

Die Ausweisung des deutschen Gesandten aus Spanien.

Die Blätter besprechen die Ausweisung des deutschen Gesandten in Spanien, Prinz Ratibor, und stellen in den Vordergrund, daß diese Maßnahme gegen den sonst, wie uns berichtet wird, in Spanien beliebigen Gesandten auf die entsetzliche Haltung

des neuen Ministerpräsidenten Sr. Sr. Don Manuel zu rückzuführen sei. Prinz Ratibor scheint tatsächlich in Spanien erfolgreich für die Aufrechterhaltung der spanischen Neutralität gegenüber Deutschland tätig gewesen zu sein. Mit der Übernahme der Regierung durch Romanones sei aber die deutschfeindliche Richtung in der spanischen Politik zum Durchbruch gekommen und als ihr erstes Opfer ist der deutsche Gesandte gefallen. Wenn sonst nichts gegen den Prinzen Ratibor vorliegt, als die Anschuldigung, Spionagetätigkeit getrieben oder unterstützt zu haben, was sicherlich von den Vertretern der anderen Mächte auch in einer mehr oder minder geschickten Form geltend gemacht werden ist, so scheint die brutale Form des Druckes schwer erklärlich.

Kabinettskrise in Holland.

Haag, 11. Dezember. (Holländisch Neuwisbureau.) „Handelsblad“ meldet: Seit einigen Tagen zirkulieren hartnäckige Gerüchte, daß die Stellung des holländischen Außenministers Korneel erschüttert sei. Inzwischen scheinen Gründe für die Annahme zu bestehen, daß bereits eine Kabinettskrise vorliegt. Jetzt steht jedenfalls, daß Schwierigkeiten erster und sehr besondener Art entstanden sind. Es zeigt sich die unerbörliche Tatsache, daß sich nicht die inneren, sondern die äußeren Einflüsse sehr hart geltend machen. Der delicate Verkehr zwischen den Vertretern der verschiedenen kriegführenden Mächte und der Minister scheint infolge der jüngsten Ereignisse sehr ernste Schwierigkeiten ergeben zu haben. Im Augenblick ist es aber noch unklar, ob die Entwicklung der Dinge zum Rücktritt des Ministers des Aeußen führen muß. Korneel hat gestern eine längere Unterredung mit der Königin, die, soweit man kontrollieren kann, bis jetzt zu keiner Entscheidung geführt hat.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

Arbeiter fürs Land. — Sofortige Entlassung der Vergarbeiter.

Das Reichamt für Demobilisation hat eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, von denen eine Abnahme der großstädtischen Arbeitslosigkeit erwartet werden kann. Unter anderem wird die notwendige Herausziehung der Arbeiterinnen aus den Fabriken betrieben, damit an ihre Stelle die arbeitslosen männlichen Personen treten können. Die Arbeiterinnen sollen auf dem Lande und in den Kleinstädten untergebracht werden, ein Programm, dessen Durchführung großartig in die Wege geleitet worden ist. Auch sonst sind Maßnahmen eingeleitet, um die Verteilung der in den Großstädten zusammengeballten Massen von Arbeitslosen aufs Land herbeizuführen.

Schließlich sind von dem genannten Amt Schritte unternommen worden, um die sofortige Entlassung aller Vergarbeiter aus dem Heeresdienste herbeizuführen. Man hofft auf diese Weise den immer spärlicher werdenden Kohlenmangel beseitigen zu können.

Die neueste Leiche!

Auflösung der Vaterlandspartei.

Der Reichsausschuss der Vaterlandspartei hat am 10. Dezember mit einer bombastischen Erklärung die Auflösung der Vaterlandspartei beschlossen.

Daß dieses lächerliche Reptil, das eine Fetslang wirklich ernstlich die innere Einheit Deutschlands zu sprengen drohte, nun auch dem revolutionären Wellengang zum Opfer gefallen ist, wird kaum jemand beweinen. Seitdem die Revolution durch den Friedens- und Freiheitswillen des deutschen Volkes bezwungen ist, ist ohnedies kein Boden für diese Partei mehr gewesen. Und selbst zu der Zusammenwürflung der neuen politischen „Volksparteien“ — wo doch alle Abgewirtschafteten einen Unterschlupf gefunden haben, scheint man ihr die Zulassung verweigert zu haben.

Die Reichsverfassungskonferenz.

Die Konferenz über die neue Reichsverfassung, die Staatssekretär Preuß privatim zu seiner Beratung in das Reichsamt des Innern gebeten hat, hat ihre Beratungen am Montag begonnen; diese dauern auch Dienstag noch fort.

Reichsverbandes deutscher Fischhändler sollen in allernächster Zeit von der Unterelbe und der Unterweser aus 80 bis 90 Dampfer zum Fischfang auslaufen.

Auch die Offize sollte dabei aber nicht vergessen werden. Die Berichte von dem neuen, überauswundersamen Meeresfischen lassen in ihrer Reihfolge auch wirklich ein Drängen nach der Richtung der Offize erkennen. Doch dürfte erst eine neue Epoche von Welt- bis Nordstürmen durch die von Vetterson entdeckten wunderbaren Tiefenbogen der Welt und des Bundes einen Anteil an dem Ueberflut in sie hineinwerfen.

Eine Düsseldorfer Uraufführung.

Am Düsseldorfer Stadttheater brachte Karl Müllers neues Werk, das vierteilige Drama „Das oder das verurteilte Bild des Christ“ — eine bedeutende Gegenwartsfrage, die Ueberwindung des Hasses, auf die Bühne. Müllers ist sie in harter, symbolhafter Handlung und erweist sich nicht nur als Dichter, dem die Fühlgefühle eignen, die man ihm als Lyriker und Epiker schon lange zuerkannt, sondern auch als ein Dramatiker mit dem das Theater zu rechnen hat. Doch und dem aus ihm geborenen, mit menschlichen Mitteln kaum fassbaren Unheil weist der Dichter hier einen Weg zum Auswege, eine Möglichkeit zur Auflösung der Tragik in rein menschlichem Glückseligen und Sühnlichen. Vor allem im zweiten und vierten Akt hat sich die Handlung zu harter dramatischer Geschlossenheit und bringt mitreißend vorwärts. Die Geschehnisse des Dramas sind bis auf den Fremden eine Verleumdung des christlichen Liebesgedankens, Menschen von Fleisch und Blut mit irdischen Trieben, Wünschen und Fehlern, die verzweiflungs- und machtvoll miteinander und mit ihrem Geschick ringen. Die Sprache ist durch Formschönheit und Bildhaftigkeit ausgezeichnet. In der auch die zarteiten Schönheiten des Müllerschen Werkes feinstnig ausdeutenden Darstellung machte das Werk auf die Zuhörerhaft tiefen Eindruck. E. S.

Notizen.

— Spartakus-Vorläufer. Ein Mitarbeiter der „Neuen Zürcher Zeitung“ teilt dieser die interessante historische Erinnerung mit, daß der Name des römischen Sklavensführers Spartakus bereits im Jahre 1849 im politischen Leben verwendet worden ist. Damals war es kein geringerer als Gottfried Kinkel, der den Namen des Spartakus als Titel für eine „Wochenzeitung für soziale Fragen“ wählte. Er begründete diese Wahl damit, daß es noch immer Sklaven gäbe, nämlich Lohnarbeiter sowohl in Fabriken als auch in Bureau und Kantor. Kinkel ist also wohl der erste Abne der Spartakusleute anzusehen; ihm folgte dann Nathan Wolff, der im Jahre 1877 in Vorträgen über die römische Geschichte, die er den Berliner Arbeitern hielt, die Darstellung Nommens belämpfte, und dabei Spartakus als den einzigen

Freches Offizierstreiben.

Ein Vorfall beim Einzug der Jägerdivision.

Ueber einen abscheulichen Vorfall beim gestrigen Einzug der Jägerdivision wird uns von einem Beauftragten des Sicherheitsdienstes folgendes geschrieben:

Ein Feldwebel Schaefer kaufte sich eine rote Schleife und steckte diese an seine Uniform. Als er zurückkehrte, wurde er von einem Offiziersstellvertreter Karneel darüber zur Rede gestellt und ihm befohlen, die Schleife wieder abzunehmen. Der Feldwebel weigerte sich, dies zu tun und wurde daraufhin vom Offiziersstellvertreter mit einem Stod ins Gesicht geschlagen. Gleichzeitig wurden ihm von zwei Oberjägern die Waffen abgenommen. Der Feldwebel Schaefer wandte sich an uns vom Sicherheitsdienst als die zuständige Stelle und bat uns, dafür zu sorgen, daß der Offiziersstellvertreter entlassen würde. Daraufhin wandte ich mich an den Kommandeur der Jägerbataillon mit der Bitte, den Mann festzusetzen und ihn zu entlassen. Dies wurde mir jedoch zu und weg abgeschlagen und ich sah mich genötigt, nach der Kommandantur zu gehen. Stattdessen gab mir den Auftrag, den Mann festzunehmen und entlassen zu lassen. Ich wandte mich jetzt nochmals in Güte an den Offiziersstellvertreter und bat ihn, seinen Stod und die Waffen anderen Kameraden seines Regiments zu übergeben. Darauf erklärte der Offiziersstellvertreter, er würde mich glattweg über den Haufen schießen. Daraufhin unterließ ich weitere Schritte und ging mit bis zum Bahnhof Moabit, wo die Truppe nach Kulm in Westpreußen verladen wurde. Am Bahnhof wandte ich mich nochmals an den Kommandeur und drei Offiziere des Bataillons, den Mann zu entlassen und der Kommandantur zu übergeben. Nachdem ich dem Kommandeur den Sachverhalt vorgetragen hatte, wurde mir erwidert, daß der Offiziersstellvertreter im Recht sei, denn bei der hiesigen Truppe bestünde noch kein Soldatenrat und außerdem will das Bataillon nicht, daß rote Schleifen, wie Schleifen und Kordeln, getragen würden. Gleichzeitig äußerten sich andere Offiziere des Bataillons, daß Soldatenrat, Volksgesund und Volkshauptleute aber wie berartige Stellen in Berlin hießen, für sie Quatsch und Biele seien. Gleichzeitig äußerte sich der Kommandeur der Truppe, daß sie noch an anderer Gessinnung seien als die Truppen hier in Berlin. Die Offiziere äußerten sich dann noch, daß sie keine Soldatenräte, sondern nur Vertrauensleute hätten. Kein Soldatenrat oder Volkshauptmann könne in ihre Angelegenheiten hineintreten.

Wir erwarten, daß sich der Kommandeur zu diesen schweren Beschuldigungen äußert. Tut er das nicht und kann er sich nicht reinwaschen, so wird mit ihm fraktur geredet werden müssen. Die vernünftigen Offiziere selbst müssen wünschen, daß einmal ein Exempel statuiert wird, bevor es zu einer Katastrophe kommt!

Strengste Untersuchung, rüchichtslose Verstrafung der Schuldigen ist notwendig!

Was geht in der Potsdamer Garnison vor?

Nach Einzug des 1. Garderegiments in Potsdam hat der Regimentskommandeur Graf zu Eulenburg durch Regimentsbefehl Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften ein höchstes Befehlsgeld von 4 M. zugesagt. Zahlreiche militärische Schwerverarbeiter anderer Truppen Potsdams (Päder und Schlächter) drohen schon jetzt mit Arbeitsverweigerung.

Graf zu Eulenburg hat seiner kramme Ehrenbezeugung vor Vorgesetzten und Waffentragen außerhalb des Dienstes befohlen. Ferner will er die Soldatenräte des Regiments ledig als Berater gelten lassen, entgegen den sämtlichen Truppenrichtern Potsdams gültigen Bestimmungen, nach denen die Vertrauensleute der Soldaten gemeinschaftlich mit dem Kommandeur die Befehlsgewalt ausüben. Dieses Vorgehen des Grafen zu Eulenburg unabhängig vom Arbeiter- und Soldatenrat Potsdams droht zu schwerer Bewildigung zu führen. Ein Mann ist bereits mit 5 Tagen Mittelarrest bestraft worden, weil er keine Ehrenbezeugung auf der Stube gemacht hat.

Beliebig Kriegsspiele. Die im gestrigen Abendblatt dem Genossen Hudmans angeführte Neuerung über Belgians Kriegsspiele kommt in Wirklichkeit nicht von diesem, sondern vom belgischen Minister Hudmans.

Die Nordsee wimmelt von Fischen!

Wibhelm Rechs von der Holsteinischen Wetter- und Sonnenwarte Schmilten bei Danzberg schreibt uns:

Eine merkwürdige Folge der seit Mitte Oktober 1918 den Süden Islands und die ihm benachbarten Meeresküste heimfindenden Bodenunabwägungen scheint für Mitteleuropa zum Segen auszufließen zu sollen. Es ist der noch nicht dagewesene Ueberflut von Fischen, besonders an Dorschen, Plattfischen und Herlingen, der sich in der nördlichen und südlichen Nordsee eingestellt hat. Die ersten dänischen Berichte fühlten diesen Fischreichtum auf die vorhergehenden Stürme zurück. Wenn durch diese Erklärung auch einer von mir seit 1913 mit besonderem Hinblick auf die Existenzfrage deutscher Fischereigründe verfochtenen Meinung beigetreten ist, fühle ich mich doch gehalten, hier zu widersprechen. Stürme, wie im diesjährigen Oktober, sind noch in jedem der letzten Jahre vorgekommen, ohne daß es außerordentlicher Fischreichtum die Folge war. Die ungewöhnlich große Folgeerscheinung fordert auch eine ungewöhnliche Ursache und für diese bietet sich von selbst die vulkanische Katastrophe Islands, die durch umfangreiche Verlandung das benachbarte Meeresgebiet unmittelbar mit in Anspruch nahm.

Dieses gehört zu den sichersten Gebieten des Weltmeeres. Seine ohnedies wunderlichsten Bewohner wurden durch das Toben der Riese und wohl auch durch Verunreinigung, ja Verunreinigung der Gewässer, nach anderen, ruhigeren und sichereren Meeresgebieten verschoben. Diese Erklärung teilte ich bereits am 10. November dem Hanoer Lebensmittelliste mit. Sehr hoch wurde ich da durch Südschäfer Berichte bestätigt, nach denen Dorsche in dichten Schwärmen bei Helgoland fischen. Neuerdings wird von Solendura, an der schwedischen Küste des Kattegat, von großen Reichtum an Dorschen, Notungen und Herlingen berichtet. Die Herlinge wurden dort heftigerweise für 80—90 Cere, das Liter demnach etwa für einen Pfennig bezahlt.

Als Ursache des ungenutzten Segens wurde jetzt der Umstand vorgeschlagen, daß während des Krieges der Nordsee-Fischfang darniederliegen habe. Doch ist dies keineswegs vollständig genug der Fall gewesen. In der Nordsee ist fleißig weitergefischt worden. Das plötzliche Auftreten des Fischreichtums seit Oktober 1918 deutet vielmehr auf ein ungewöhnliches, als Fischschwärm jener Meere in Mitteleuropa sich ereignendes, als welches sich die Ausbruchskatastrophe Islands im Oktober 1918, wie erwähnt, von selbst darbietet. Es wurde von mir auf die ungemein große Wichtigkeit hingewiesen, die jener Meeressegens für die so schwer darniederliegende Lebensmittellieferung Deutschlands gewinnen kann. Besonders habe ich Bezug genommen auf die durch die Abbringung der deutschen Dampfer freigeordneten Fischdampfer. Sie sollten schnellstens ihrem eigentlichen Zwecke zurückgegeben werden. Diese Maßnahme ist nicht ungeheuer verhalten zu sein. Von einer Ritzung des

großen Mann bezeichnet, den die Geschichte Roms aufzuweisen habe.

— Zwei expressionistische Internationalen. Aus dem Sturm-Archiv wird gegenüber der von uns veröffentlichten Erklärung des Malers Stuckenberg festgestellt, daß gleichwohl eine internationale Gruppe der Expressionisten, Kubisten und Futuristen von den namhaftesten Künstlern des „Sturm“ gegründet sei. Eine andere Gruppe der Expressionisten, die zu erneuter Fühlung mit den Gleichgesinnten in allen Ländern gelangen will, die jüngst als linker Sezessionsflügel gegründete „Koblenzgruppe“, plant als erstes Zeichen der Einigung eine Ausstellung. In dieser Gruppe gehören Reichstein und E. Klein. An beiden Gruppen ist Rudolf Bauer beteiligt.

In der Berliner Expressionisten-Gesellschaft gehen also zurzeit zwei Gruppen nebeneinander auf ein ähnliches Ziel internationalen Zusammenkommens aus. Wäre es nicht angebracht, daß sie zunächst einmal sich im engeren Kreise zu gemeinsamer Tätigkeit fänden? Warum fehlt es daran noch? Ist etwa irgendwelches Kunsthandwerk als pallender Faktor dabei im Spiele?

— Graphische Sturmesammlung. Die Dezemberausstellung des Sturm ist international gehalten und zeigt die Entwicklung des Expressionismus von seinem Vorläufer Punkt über Rosofsky, der mit zahlreichen Zeichnungen vertreten ist, zu den eigentlichen führenden Expressionisten Franz Marc, Kandinsky, Marc Chagall, Jacoba van Heemskerck, William Bauer, Rudolf Bauer, Kris Stuckenberg, Arnold Lopp, Pablo Picasso, Hell Walden, Compondant. Die Ausstellung ist täglich von 10—6 Uhr, Sonntag von 11—2 Uhr geöffnet.

Der Einzug.

O schöner Tag, wenn endlich der Soldat ins Leben heimkehrt, in die Menschlichkeit; zum frohen Zug die Fahnen sich entfalten, und heimwärts schlägt der sanfte Friedensmarsch. Wenn alle Hüte sich und Helme schmüden mit grünen Weiden, dem letzten Haub der Felber. Der Stäbe Lote gehen auf, von selbst, nicht die Petarde braucht sie mehr zu sprengen; von Menschen sind die Wälle rings erfüllt, von friedlichen, die in die Büste grünen, — hell klingt von allen Türmen das Geläut, des blauen Tages frohe Besper schlagend. Aus Dörfern und aus Städten wimmelt strömt ein laudend Volk, mit liebend emphae Jubringelkeit des Heeres Fortzug hindernd: — Da schüttelt, froh des noch erlebten Tags, dem heimgekehrten Sohn der Grotte die Hände.

G. Müller (Wiesbaden).

Vollversammlung der Soldatenräte Groß-Berlins.

Nicht Reichstag — Nationalversammlung!

Die gestern im Sitzungssaal des Reichstages abgehaltene Vollversammlung der Groß-Berliner Soldatenräte war bei der Eröffnung um 14 Uhr nur mäßig besetzt. Der Vorsitzende Ege hielt die Reden, die in Berlin jetzt ihren Einzug gehalten haben, willkommen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß ihre Vertreter in Zukunft an den Beratungen der Groß-Berliner Soldatenräte teilzunehmen werden.

Zur Geschäftsordnung wurde beantragt, die Frage der Entschädigung der Soldatenräte

als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Der Vorsitzende Ege bemerkte, diese Angelegenheit sei doch dem Rüstschereauschuss überwiesen, der sei mit der Beratung derselben noch nicht zum Abschluß gelangt. — Der Berichterstatter des Rüstschereauschusses stellte fest, daß in der den Soldatenräten durch die im Armeeverordnungsblatt bekanntgemachten Verfügung des Kriegsministeriums zugesprochenen Tageszulage von 5 M. die Arbeitsentschädigung von 3 M. nicht inbegriffen ist. Außer der Zulage werden noch die beiden Ausgaben bis zur Höhe von 5 M. vergütet. — Der Antrag wird hierauf zurückgezogen.

Als Dringlichkeitsantrag ist eine Resolution eingebracht, welche die Entschädigung gegen eine Verordnung des Kriegsministeriums, wonach Kameraden, die das Einjährigengeld haben, bei Entlassung bevorzugt werden sollen. Die Resolution fordert sofortige Aufhebung dieser Verfügung.

Der Antragsteller begründete die Resolution, indem er unter anderem betonte, die alten Privilegien, die sich auf den Weidwiedern, dürfen nicht mehr gelten. In der sozialen Republik sollen nur auf Arbeit begründete Privilegien Geltung haben. — Ein anderer Redner wies darauf hin, daß sich der Antrag im Rahmen der bestehenden Gesetze halte, daß ein Protest gegen das Kriegsministerium deshalb nicht am Platze sei. Wer mit der Verfügung nicht einverstanden sei, der müßte von der Regierung die Aufhebung des betreffenden Gesetzes verlangen. — Die Resolution wurde mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Ein Dringlichkeitsantrag, der sich auf die Tagesordnung der Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte bezieht, fand nicht die genügende Unterstützung.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag fragt an, ob das Vollzugsratsmitglied Bergmann,

dessen Mandat die vorige Versammlung für ungültig erklärt hat, dadurch er aus dem Vollzugsrat ausgeschlossen ist, jetzt noch vom Vollzugsrat in einem Anstellungsverhältnis beschäftigt wird.

Gottschling als Mitglied des Vollzugsrats bemerkte hierzu, Bergmann sei eine brauchbare Arbeitskraft im Breitenausbau. In diesem Falle habe man ihn im Interesse der glatten Erledigung der Geschäfte behalten, er werde zu den Sitzungen des Vollzugsrats nur hinzugezogen, um Auskünfte über Angelegenheiten seines Arbeitsgebietes zu erteilen. Dem Vollzugsrat gebäre Bergmann nicht mehr an. Damit sei dem Beschluß der Versammlung Genüge getan.

Anderer Redner verlangte, Bergmann müsse nach dem Beschluß der Versammlung auch seine Beschäftigung im Vollzugsrat aufgeben. Ein Redner bemerkte, der Soldatenrat dem Bergmann anzuheben, könne ihm ja durch Beschluß eine Arbeit im Soldatenrat zuweisen und so die Angelegenheit erledigen.

Die Versammlung beschloß mit großer Mehrheit, daß Bergmann auch nicht in einem Anstellungsverhältnis beim Vollzugsrat beschäftigt werden soll.

Dem Bureau wurde ein Antrag überwiesen, der den Zusammenschluß der preussischen Arbeiter- und Soldatenräte zu einem zentralen Ausschuss und die Einberufung einer preussischen Nationalversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte durch das preussische Ministerium fordert.

Hetz wies darauf hin, daß sich die Soldatenräte nach Parteigruppen: Sozialdemokraten, Unabhängige und Sozialistengruppe zusammenschließen. Er beantragte, daß sich die Teilnehmer dieser Versammlung nach ihrer Parteiposition auf den Tischen gruppieren.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ein anderer Redner verlangte, der Bericht der Rüstscherekommission, die eine lange Reihe ihrer überwiegenen Anträge abgelehnt hat, sie sind teils durch die Entwidlung der Verhältnisse überholt, teils den zuständigen Stellen überwiesen worden. Einem Antrag, der sich gegen die Bildung einer freiwilligen Regierungstruppe von aktiven Unteroffizieren wendet, hat die Rüstscherekommission zugestimmt. (Diese Mitteilung wurde mit „Bravo“ aufgenommen.)

Ein Antrag des Soldatenrates des Admiralfahrs der Marine erludt die Regierung, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, um eine Besserung der trübseligen Verhältnisse auf dem Kriegsmarkt herbeizuführen und durch gefällige Verfügung alle Lebensbedürfnisse der Hausbesitzer und Hypothekendarlehen auf alle notwendigen Maß zurückzuführen. — Die Kommission hat Bescheid, den Antrag der Regierung zu überweisen.

Ein von Heinsch gestellter Antrag, wonach die Offiziere die Rangabzeichen ablegen sollen, wurde der Rüstscherekommission überwiesen.

Ein Antrag, der am Sonntag im Auftrag des Soldatenrats die nach Berlin zurückkehrenden Truppen in auswärtigen Orten aufsucht, erstattete Bericht über den Erfolg seiner Mission. Er sagte, in Halle habe er einige Reiterkompanien aufgesucht, aber die Offiziere hätten ihn abgewiesen. Erst mit Hilfe des Soldatenrats in Halle habe er mit den Truppen in Verbindung treten können. Der Führer einer Truppe, ein Leutnant, sei sehr unken gewesen und habe ihn gefragt, was er wolle. Auf seine Antwort, er wolle mit ihm in Berlin austräumen, sagte der Leutnant: „Mit Euch werden wir Kameraden sprechen, sagte der Leutnant: „Mit Euch werden wir in Berlin austräumen.“ „Mit wem denn?“ habe der Redner mit gefragt, worauf der Leutnant sagte: „Mit Liebknecht und den Juden.“ Die Soldaten händeln immer noch unter dem Druck der Offiziere, gegen die sie sich nicht auflehnen wagen, und er seien trotz dem militärischen Druck loszukommen und Hände auf der Seite der Berliner Kameraden. Wenn die Truppen draußen aufgeführt werden, sei nicht zu befürchten.

Ein anderer Redner teilte mit, daß er deuten mit den Garde-Infanterie genommen und sich überzeugt habe, daß sie alle hinter uns stehen. Aber die Offiziere hätten noch bis in die letzten Tage ihre Kommandogewalt ganz in der alten Methode ausgeübt. Noch vor drei Tagen sei ein Mann von den Garde-Infanterie bestrast worden, weil er einen Offizier nicht gegrüßt habe. Es habe doch wohl etwas hinter dem Generalkommando Requis geschick.

Goldschmidt berichtete namens der Streikerkommission über den Fall Bernhagen, dessen Mandat zum Vollzugsrat angefallen wird. — Die Versammlung beschloß, Bernhagen das Mandat abzugeben.

Reander erstattete Bericht über den Fall Wollenbühr.

dem als Obmann der soldatischen Mitglieder im Vollzugsrat verordnete Wollenbühr gemacht werden. Die Kommission hat die Wollenbühr untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen: Von allen gegen Wollenbühr erhobenen Vorwürfen bleibt nur ein mittelbar nichts bestehen. Wollenbühr sei allerdings als gegen Wollenbühr sprechend folgendes anzuführen: Der Vollzugsrat hat von seinem Vorstand, dem Aktionsausschuss, die Aufgabe übernommen, die Groß-Berliner Truppen zu organisieren. Diese Aufgabe hat Wollenbühr als Obmann der soldatischen Mitglieder zu nahe hat Wollenbühr als Obmann der soldatischen Mitglieder zu erfüllen. Das hat er versäumt. Darin liegt ein Verstoß, der durch Arbeitsüberlastung erklärt, aber nicht völlig entschuldigend ist. Zur zweiten Bestimmung Wollenbührs ist zu sagen: Die Überwachung zentraler Dienststellen ist Mitgliedern des Vollzugsrats anvertraut, die dazu weder die nötigen Sachkenntnisse noch die erforderlichen persönlichen Eigenschaften haben. Die Hauptschuld hieran ist wohl den Wählern zuzuschreiben, die unge-

eignete Personen in so verantwortungsvolle Stellen einsetzten. Ferner wird Wollenbühr vorgeworfen, er habe nicht für Zusammenschluß der soldatischen Mitglieder des Vollzugsrats Sorge getragen, weshalb die Arbeitervertreter ein gewisses Unerbittlichkeit erlangt haben. Die Kommission ist der Ansicht: Liefern Wollenbühr könnte vielleicht ein Obmann ausbleiben, der über ein reifes Alter, reiche Lebenserfahrung, Tatkraft und hinreichenden Scharfsinn verfügt. Wenn die Kameraden einen solchen Mann zur Verfügung haben, so möchten sie ihn an die Stelle Wollenbührs setzen.

Wollenbühr rechtfertigte sich persönlich gegen die ihn zur Last gelegten Vorwürfe. Andere Redner verlangten seinen Rücktritt. Ege sprach gegen dies Verlangen. Er sagte, in wenigen Tagen trete die Reichsversammlung zusammen, welche einen Zentralrat zu wählen hat. Damit seien die Mandate des Groß-Berliner Vollzugsrats erledigt. Man möge doch für diese paar Tage dem Kameraden Wollenbühr noch das Mandat belassen, schon deshalb, daß er der Reichsversammlung Rede und Antwort stehen könne über seine Tätigkeit im Vollzugsrat.

Gegen diese Auffassung wandte ein Redner ein, durch die Einsetzung eines Zentralrats werde der Vollzugsrat nicht aufgehoben. Er bleibe vielmehr als Organ der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte bestehen. Über abgesehen davon, sei anzunehmen, daß die jetzigen Mitglieder des Vollzugsrats für den Zentralrat vorgeschlagen werden, und es bestehe die Gefahr, daß sie auch gewählt werden. Das wollen wir nicht, wir wollen auch nicht, daß Mitglieder, die unser Vertrauen nicht haben, im Vollzugsrat bleiben.

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde verlangt, daß Wollenbühr freiwillig zurücktrete und dadurch der ganzen Debatte ein Ende mache. — Die Abstimmung über einen Antrag auf Schluß der Debatte blieb zweifelhaft. Durch „Hammelsprung“ wurde festgestellt, daß der Schlußantrag mit 180 gegen 124 Stimmen abgelehnt ist. Das Ergebnis wurde bestritten, weil Mitglieder ohne Mandat (!) an der Abstimmung teilgenommen haben könnten. Nun entstand wieder eine Geschäftsordnungsdebatte. Auf neue wurde der freiwillige Rücktritt Wollenbührs verlangt und ein Antrag auf Zurückweisung der Angelegenheit an die Kommission gestellt. Schließlich wurde über den Schlußantrag nochmals durch „Hammelsprung“ abgestimmt, wobei jeder Abstimmende seinen Ausweis vorzulegen hatte. Der Schluß der Debatte wurde nun mit 188 gegen 124 Stimmen angenommen und damit durch Handaufheben mit schwacher Mehrheit Zurückverweisung an die Kommission beschlossen.

Auf eine Anfrage, warum Colin Roth und Gerhard durch den Vollzugsrat verhaftet worden sind, antwortete Ege-Koch, es liegen sehr schwere Anschuldigungen gegen die beiden vor, sie haben sich insofern zur Verfügung des Vollzugsrats gestellt. Es ist eine aus drei Juristen bestehende Kommission eingesetzt, welche die Anschuldigungen unterzucht und morgen oder übermorgen zu einer Entscheidung kommen wird.

Auf einen Antrag: „Welche Anschuldigungen liegen vor?“ antwortete Gottschling: Die Anschuldigungen sind äußerst schwerer Natur. Solange die Untersuchung schwebt, können wir in der Öffentlichkeit keine Angaben darüber machen.

In Stelle der durch Beschluß der Versammlung aus dem Vollzugsrat entfernten Mitglieder Bergmann und Bernhagen sollen zwei neue Mitglieder in den Vollzugsrat gewählt werden. Es wurden mehrere Vorschläge gemacht und nach der Parteistellung der Vorgeschlagenen gefragt. Dagegen wurde eingewandt, nicht auf die Parteistellung, sondern auf Sachkenntnis komme es an. Man solle deshalb nach dem Beruf der Vorgeschlagenen fragen. Als Ergebnis einer Verständigung zwischen den Mitgliedern der beiden sozialdemokratischen Parteien vor, so jeweils von den Unabhängigen und Lange von der alten sozialdemokratischen Partei zu wählen. — Ein Redner lud die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zu einer morgen stattfindenden Besprechung, da ja auch die Unabhängigen besondere Besprechungen abhielten. Der Redner betonte, die Besprechung zu der er einlade, solle keinen Gegenstand zu den Unabhängigen bilden, sondern ein Zusammenarbeiten beider Richtungen ermöglichen. Die vorgeschlagenen Kandidaten gaben Auskunft über ihre persönlichen Verhältnisse und ihre Parteistellung. Dann erfolgte die Wahl durch Stimmzettel. Währenddessen wurde die Tagesordnung fortgesetzt.

Chrschard-Jüterbog bewies darauf, daß die Versammlung am 30. November sich einstimmt

für die Einberufung der Nationalversammlung

erklärte. Trotzdem habe der Vollzugsrat noch nach diesem Beschluß ein gegen die Nationalversammlung gerichteter Flugblatt verbreitet. Weiter führte der Redner aus, ehe von der Wahl eines Zentralrats etwas bekannt war, seien Vertreter der Arbeiter und Soldaten aus Jüterbog und Potsdam zusammengetreten, um die Wahl eines Zentralrats für Deutschland zu betreiben. Ein dahingehender Aufruf sollte in der Presse veröffentlicht werden. Von dieser Absicht müsse der Vollzugsrat durch Indiskretion Kenntnis erhalten haben, denn nun habe er seinen Aufruf zur Wahl des Zentralrats erlassen, ehe der in Potsdam geplante Aufruf erschienen konnte. Der Vollzugsrat habe seinen Aufruf erlassen, weil er seine Stellung erschüttert fühlte. Aber das Versprechen, einen Wahlaufruf zu veröffentlichen, habe der Vollzugsrat nicht erfüllt, oder doch nur für Berlin. In der Provinz müsse man bis heute noch nicht nach welchem Modus zu wählen sei. Der Redner unterbreitete der Streikerkommission einen Antrag, der dahin geht, alle soldatischen Mitglieder des Vollzugsrats neu zu wählen.

Gottschling sprach gegen diesen Antrag. Man solle den Vollzugsrat doch noch die paar Tage seines Bestehens im Amt lassen und nicht immer mit Wechselschritten kommen. Statt solche, denartige Anträge seien nur geeignet, den Vollzugsrat als revolutionäre Einrichtung zu diskreditieren. Darauf könne man sich nicht einlassen. Auf der Tagesordnung der Reichsversammlung stehe unter anderem „Nationalversammlung oder Räteversammlung“. Diese Fragestellung sei nicht zu billigen. Sie müsse lauten: „Nationalversammlung und Räteversammlung“, denn die Arbeiter- und Soldatenräte würden auch nach der Nationalversammlung noch fortbestehen müssen, bis die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung vollkommen durchgeführt sei.

Der Vorsitzende gab das Resultat der Wahl zum Vollzugsrat bekannt. Gewählt sind Lange (Mitte sozial. Partei) mit 225 und v. Lejewski (l. Gew.) mit 140 Stimmen. Das Resultat wurde mit Beifall aufgenommen.

Nach einem kurzen Bericht der Kommission für Militärgerichtsbarkeit beschloß die Versammlung, sich mit der erlassenen Nothverordnung über Militärgerichtsbarkeit einverstanden zu erklären.

Zu der durch die Presse gegangenen Behauptung, der Vollzugsrat habe in den ersten zwei Wochen seiner Tätigkeit

über 800 Millionen Mark

ausgegeben, machte ein Vertreter der Eisenbahngewerkschaft folgende Angaben: Bei den Eisenbahngewerkschaften 1 und 4 sind vom Tag der Revolution bis Anfang Dezember 31 000 Mann demobilisiert worden. Jeder Mann hat 65 M. Entlassungsgeld bekommen. Das macht im ganzen 2 Millionen Mark allein für die Eisenbahngewerkschaften. Dazu kommt noch die erhöhte Löhne der Arbeiterzulage und die Deckung von Ausgaben für Kriegszulieferungen, die noch an verschiedene Firmen zu leisten waren. Auf der anderen Seite haben die Soldatenräte der Eisenbahngewerkschaften Millionen an Beerdigungskosten gerechnet, so daß dadurch die erwähnten Ausgaben mehr als gedeckt sein dürften.

Die Versammlung wurde um 14 Uhr geschlossen. Die nächste Versammlung findet Sonnabend um 3 Uhr statt.

Das „Berliner Tageblatt“ mußte gestern Abend zu melden, die Entente werde die Wiedereinberufung des Reichstages fordern, die Reichsleitung beschäftige sich schon mit dieser Angelegenheit, der Zusammentritt des Reichstages werde in den ersten Tagen der nächsten Woche erfolgen.

Woher dieses seltsame Wissen stammt, ist unbekannt. Die Reichsleitung hat sich jedenfalls mit der Sache bisher nicht beschäftigt und weiß auch von der angeblich bevorstehenden Forderung der Entente nichts. Der Reichstag ist schon zwei Jahre älter, als es die bisherige Verfassung des Reichs gestattete, und mit dem Ende des Kriegszustandes ist auch die Voraussetzung für sein längeres Wirken gefallen. Selbst wenn sein Zusammentritt wirklich von der Entente gefordert würde, könnte er nur zu dem Zweck erfolgen, den Beschluß der Regierung, eine neue Volksvertretung auf breiter demokratischer Grundlage zu wählen, zu bestätigen.

Der Reichstag kann übrigens keine Gesetze beschließen ohne Bundesrat. Der alte Bundesrat bestand aus den Ernannten der alten Dynastien, ein neuer müßte von den bestehenden revolutionären Regierungen ernannt werden. Der Reichstag hätte also keinen Fall die Macht, reaktionären Beschlüssen Gesetzeskraft zu verleihen.

Dem ganzen Gerücht von der Wiedereinberufung des Reichstages wird am besten dadurch ein Ende gemacht, daß die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung so früh wie möglich angefertigt werden. Solche Wahlen zur Nationalversammlung — das ist die revolutionäre Parole!

Rechts oder links?

Aus dem Brausefessel der „großen“ Mischmaschpartei.

In der ersten Versammlung der „Deutschen Demokratischen Partei, Ortsgruppe Berlin-Treptow“ erläuterte der Vorsitzende, Herr Oberlehrer Hohberg die „Grundzüge“ der neuen Partei und ihr Verhältnis zu den anderen Parteien. Er führte wortreich aus: „Wir wollen ein freundschaftliches Verhältnis zu der Sozialdemokratischen Partei pflegen, mit deren Zielen wir einverstanden sind und von der wir uns bei Lösung der Aufgaben nur in dem eingehaltenden Tempo unterscheiden.“

In der angenommenen Resolution heißt es unter anderem wörtlich:

„Die (die D. D. P.) betont nachdrücklich, daß durch die Erweiterung der Partei durch die Amerikanischen, Kriegverweigerer und Großkapitalisten, D. D. P. keine Gegnerschaft gegen die Mehrheitssozialisten und keine Vertretung kapitalistischer Interessen entstehen darf.“

Wie nun: Stresemann oder Demolrat — rechts oder links?

Die Trennung von Kirche und Staat.

Eine unparteiische Prüfungskommission eingesetzt.

In westdeutschen Blättern wird wiederum die gefährliche Wehregierung verbreitet, die Durchführung der Trennung von Kirche und Staat siehe unmittelbar bevor. Die wir dazu von zuständiger Seite hören, ist an dieser Mitteilung kein wahres Wort. Am Sonnabend wird im Kultusministerium eine völlig unparteiisch zusammengesetzte Kommission ihre Arbeiten aufnehmen, deren Aufgabe es sein wird, den ganzen auf diesem Gebiete vorliegenden Fragenkomplex zu erörtern und zu klären. Der Kommission gehören auch eine Anzahl von Geistlichen an.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Koblenz hat an die Reichsleitung telegraphiert, daß die rheinisch-westfälischen Los-trennungsbefreiungen ihre Ursachen in der Politik des Kultusministeriums hatten und daß unbedingt auf Hoffmann eingewirkt werden müsse, wenn nicht die Befreiung der Los-trennung ablat werden soll.

Vorläufig keine Revolutionsfeiern.

In der Presse war mitgeteilt worden, daß am 1. Januar auf Veranlassung der preussischen Staatsregierung Revolutionsfeiern veranstaltet werden würden. Das preussische Staatsministerium, das sich am Dienstagabend mit dieser Angelegenheit beschäftigte, hat mit Mehrheit beschlossen, von Revolutionsfeiern am 1. Januar abzusehen. Es ist möglich, daß die Feier auf den 1. Mai verschoben wird.

Die Löhnung der Offiziere.

Ein Vorschlag der Soldatenräte der 1. Armee.

Der Zentral-Soldatenrat der Soldatenräte der 1. Armee hat in Verfolg von Beschlüssen, die auf einer am 3. Dezember in Gotha abgehaltenen Konferenz gefaßt wurden, über die Bezahlung der mobilen Offiziere, die gegenwärtig geringer ist als die ungeliebter Streitkräfte, den Vorschlag gemacht, ohne Veränderung der Besoldungsordnung Mindestgehälter festzusetzen, und zwar 800 M. Mindestgehalt für ledige Offiziere, 800 M. Mindestgehalt für verheiratete Offiziere und 90 M. Beihilfe für jedes Kind, jedoch nicht mehr als 450 M. Da die Kollege der Offiziere drängend ist, ersucht der Zentral-Soldatenrat um größte Beschleunigung der Angelegenheit.

Schutz der Pressefreiheit!

Der Rat der Volksbeauftragten erläßt folgende Bekanntmachung für die Pressefreiheit:

In den letzten Tagen haben sich die Eingriffe von Arbeiter- und Soldatenräten in die Pressefreiheit berart gehäuft, daß die Reichsregierung ihnen aufs entschiedenste entgegenzutreten muß. Es ist z. B. in Leipzig eine Zeitung mit Störung und Zerschörung bedroht worden, wenn sie einen bestimmten Bericht bringe, und an den Blattesfällen zur Selbsthilfe gegen diese Zeitung aufgerufen worden, und in Mühlheim (Ruhr) sind Druckereien angelegelt und Platten zerstört worden, weil sich die Deutsche Volkspartei und die Zentrumspartei in Flugblättern gegen die Verhaftung von Ruhrbürger gewandt hat. Technisch Vorgänge werden aus zahlreichen anderen Städten gemeldet. Die Reichsregierung vermahnt sich aufs entschiedenste gegen jede gewalttätige Beschränkung des freien Wortes. Sie fordert von den A. und S.-Räten die völlige Aufrechterhaltung der Pressefreiheit, die einer ihrer ersten Programmpunkte ist. Es wird Aufgabe der Reichsregierung der A. und S.-Räte sein, zu erwägen, wie gegen solche Organisationsvorhaben vorgegangen sei, die sich solche willkürlichen Handlungen zuzuschreiben kommen lassen.

Die Genennung des Prof. v. Moellendorf zum Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt ist nunmehr vollzogen worden.

